

Über die Schwierigkeiten, des „Phänomens“ DDR Herr zu werden

Der Weg eines westdeutschen Lesers zur ostdeutschen Sammlungsbewegung

Von Heinrich Senfft

Verwundert - und auch entrüstet - haben sich viele gefragt, was denn die Unterschriften von Leuten aus dem Westen unter dem Mitte Juli veröffentlichten Aufruf zur Gründung von „Komitees für Gerechtigkeit“ (Wortlaut in „Blätter“, 8/1992, S. 1023 f.) zu suchen hätten. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Gerster sprach von einem „Kuriosum für Gescheiterte“ und nannte die Gründungsmitglieder ein Sammelsurium von Erben des SED-Staates, Stasi-Verstrickten und frustrierten West-Sozialisten. Andere sprachen davon, man habe es mit DDR-Nostalgikern zu tun, und wieder andere wurden durch das Gespann Gysi-Diestel abgestoßen.

Weder habe ich Schwierigkeiten mit den Initiatoren des Aufrufs, noch finde ich auch nur eine der angebotenen Etiketten für mich oder andere, die den Aufruf unterschrieben haben, zutreffend. Abgesehen davon, daß mir der Name des Komitees etwas zu anspruchsvoll daherkommt, ist es dann doch erschreckend, wie wenig Leute aus dem Westen unterschrieben haben. Denn: Wovon in dem Aufruf die Rede ist, geht uns alle an. Wo leben die, die wie der FDP-Generalsekretär Lühr von „Rattenfängerei“ reden? Ich jedenfalls habe vor und nach dem Fall der Mauer im Westen gelebt, bin in den Osten gereist, habe gesehen, gehört und vor allem gelesen. Und ich habe jetzt noch einmal aufgearbeitet, was ich vor und nach November 1989 aus den mir gewohnten Blättern halbwegs systematisch gesammelt und aus Büchern notiert habe. Daß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in meiner „Dokumentation“ unverhältnismäßig häufiger als andere Blätter vorkommt, liegt nicht etwa daran, daß ich überwiegend die FAZ lese, sondern daran, daß sie mir am reinsten das wiederzugeben scheint, was wir nach dem Wunsch derer, denen dieses Land gehört, denken sollen. Das hat es mir noch leichter gemacht, den Aufruf zu unterschreiben.

I

„Ich glaube, es war ganz klar - ich kann ja schließlich nicht ‚Anführungsstriche‘ sagen -, daß hier der drüben verwendete Begriff ‚Staatsvolk der DDR‘ polemisch apostrophiert worden ist.“

Bundeskanzler Kiesinger am 14. 3.1968 im Bundestag zu dem Vorwurf, er habe in seinem Bericht über den anderen Teil Deutschlands sogar „DDR“ gesagt.

1947 schrieb Gustav Stolper, der Gründer der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ in seinem Buch „German Realities“ (1949 in deutsch „Die deutsche Wirklichkeit“), vom ersten Augenblick der Okkupation an habe die Sowjetunion die Ostzone zu sozialisieren begonnen: „In diesem Werk hat sie so umfassenden Erfolg erzielt, daß es äußerst zweifelhaft ist, ob es selbst durch völlige Umkehrung der politischen Voraussetzungen rückgängig zu machen wäre.“ An anderer Stelle des Buches sagt Stolper, der östliche Teil Deutschlands sei „auf alle Dauer zu einem Armenhaus herabgesunken“.

Da war der Krieg gerade erst gute zwei Jahre vorbei. Als aber die Mauer im November 1989 fiel, da waren über 44 Jahre SBZ und DDR ins Land gegangen. Im Westen glaubten manche, man müsse nur die Tür recht weit aufreißen und den Wind der freien, lieber noch sozial genannten Marktwirtschaft blasen lassen, dann werde sich alles sehr rasch von allein regeln. Kanzler Kohl versprach: „Keinem DDR-Bürger wird es schlechter gehen als bisher-im Gegenteil!“ Heute, bald drei Jahre später, klingt Willy Brandts 1989 bejubeltes Wort, es solle nun zusammenwachsen, was zusammengehöre, wie eine Drohung - woran manche auch glauben, seit Brigitte Seebacher-Brandt linke Gegner einer raschen Vereinigung in der FAZ vom 21. November 1989 attackierte und von den „Unwägbarkeiten der Volksseele“ sprach, was auch immer man sich darunter vorstellen soll. Die Tränen der Rührung über die Szenen an den geöffneten Grenzen und Mauern sind schon lange trocken, die Tage vorbei, in denen uns Berlins Bürgermeister Momper zum glücklichsten Volk der Erde erklärt hatte. Erbitterung macht sich hüben und drüben breit, die Mauer ist einem täglich tiefer werdenden Graben gewichen. Das gesamte System der alten DDR ist zusammengebrochen, da die Bundesrepublik dem besiegten Land ihr System ohne Konzept einfach übergestülpt hat und nun mit der Not, der Arbeitslosigkeit und der Wut und Verzweiflung im „Beitrittsgebiet“ nicht fertig wird.

Aber die Westdeutschen, ehe sie das Selbstmitleid über die 1989 angetretene Erbschaft vollends übermannt, und auch die Ostdeutschen in ihrer Wut, sollten ab und zu daran denken, daß es unsere beiden Kriege dieses Jahrhunderts waren, mit deren Folgen die Welt noch heute nicht zu Rande gekommen ist. Wir haben sogar Glück, daß uns die Welt die alten Sünden kaum noch vorzuhalten wagt. Aber: Ist die gleich 1989 geäußerte Angst verfliegen, die Deutschen könnten wieder verrückt spielen, wenn sich die Hoffnung auf mehr Europa als heute vielleicht nicht erfüllt? Denn wahr ist doch, daß der Nationenbegriff der westdeutschen Republik nach dem Krieg bis weit in die 60er Jahre hinein zwar europasüchtig, aber expansiv war: Wiedervereinigung verstanden die Westdeutschen als „Anschluß“ der Ostzone, der „Pankower Sowjetrepublik“, in den ersten Jahren sogar auch als „Wiedergewinnung“ der polnisch und russisch verwalteten Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße. Die Westdeutschen sind also 1989/90 zwar nicht verbal, in der Sache dafür um so brutaler zur Anschlußpolitik zurückgekehrt.

Mitte der 60er Jahre flaute der Kalte Krieg ab, setzten das Umdenken und die Besinnung auf Art und Umstände der Entstehung der deutschen Ostrepublik ein. Viele erkannten jetzt, daß die SBZ, aus der die DDR wurde, von Anfang an eigentlich gar keine richtige Chance gehabt hatte. Die deutsche Großindustrie und die Großbanken der Nazizeit, die die Kriegsziele der Alliierten kannten, hatten alle verlegbaren Werte gegen Ende des Krieges nach Westen geschafft und sich auf die Friedensproduktion vorbereitet. Während die Amerikaner in Westdeutschland schon 1946 den natürlichen Verbündeten gegen den roten Feind im Osten erkannten und ihm materiell rasch auf die Beine halfen, nahmen die Sowjets ihre Besatzungszone gründlich aus. Zerstörung, Demontage und Abtransport - einschließlich der Eisenbahnschienen und -schwelle - gehörten jahrelang zur Tagesordnung, und die dagebliebene Industrie war für Reparationen Teil der sowjetischen Staatswirtschaft. Anderes Privateigentum wurde sozialisiert, die besitzenden Klassen - soweit sie nicht mit den meisten Nazis schon längst in den Westen geflüchtet waren - enteignet. 1948 vollzog der Westen durch die einseitige Währungsreform die endgültige Trennung. Die Gründung der Bundesrepublik war 1949 dann nur noch die natürliche Konsequenz, gefolgt von der Gründung des Oststaates, dessen Namen die Deutschen im Westen mehr als zwanzig Jahre nicht ohne Gänsefüße aussprechen mochten. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den jungen Staat waren alles andere als günstig: Er war vom anderen Teil Deutschlands, insbesondere von der Schwerindustrie des Rheinlandes, abgeschnitten, und die Erz- und Kohlegebiete Oberschlesiens waren verloren. Die DDR mußte allein und ohne fremde Kapitalhilfe eine eigene Schwerindustrie aufbauen, all die Jahre die sowjetische Armee unterhalten und damit fertig werden, daß ihr unaufhörlich qualifizierte Arbeitskräfte in den Westen davonliefen. Obwohl Planwirtschaft und Einparteiensystem nicht gerade stimulierend wirkten, erlebte die DDR nach dem Bau der Mauer ab 1961 ein relatives „sozialistisches Wirtschaftswunder“ : sie wurde zur zehntgrößten Industrie-Nation der Welt. Doch grundlegende Reformen versandeten, die Gründung der Kombinate und der Versuch, auf allen Gebieten autark zu sein, waren ein einziger Fehlschlag - und schließlich lief der DDR-Wirtschaft die allgemeine technische Entwicklung der Welt davon.

Mittlerweile aber hatte sich in Westdeutschland die politische Umkehr so rasch vollzogen, daß Franz Josef Strauß schon am 8. April 1966 in der „Zeit“ schrieb: „Ich glaube nicht an die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates, auch nicht innerhalb der Grenzen der vier Besatzungszonen.“ Und in einer Rezension in der „Zeit“ vom 14. Juli 1967 beschrieb Waldemar Besson die Sackgasse der westdeutschen Politik: „Beteiligten wir uns an der Politik der Entspannung, so anerkannten wir faktisch die deutsche Teilung. Taten wir es nicht, so mußten wir als Friedensstörer gelten, denen man erst recht jedes Zugeständnis verweigerte.“ Kein Wunder, daß sich auch die von CDU-Kanzler Kiesinger geführte Große Koalition mit Willy Brandt als Außenminister schwer tat, den Regierenden in der „DDR“ auch nur einen richtig adressierten Brief zu

schreiben. Nachdem Kiesinger „An den Vorsitzenden des Ministerrats“ eines ungenannten Staates geschrieben hatte, trat er am 13. Oktober 1967 vor den Bundestag und sagte: „Gut, wir erkennen natürlich, daß sich da drüben etwas gebildet hat, ein Phänomen, mit dem wir es zu tun haben, ein Phänomen, mit dessen Vertretern ich in einen Briefwechsel eingetreten bin, ein Phänomen, mit dem wir bereit sind . . . Kontakte aufzunehmen, Vereinbarungen zu treffen.“

Aber auch 1970, als Willy Brandt schon regierte, war der Blick auf die DDR noch so verstellt, daß Georg Wolff in seinem „Spiegel“-Essay (34/1970) über die „Überwundene Nation“ diesen Satz des englischen Historikers John Robert Seeley (1834 - 1895) nur mit Blick auf Bismarck zitieren konnte, ohne zu bemerken oder zu erwähnen, wie sehr er für die DDR galt: „Die Freiheit, die ein Staat gewähren kann, ist reziprok dem Druck auf seine Grenzen.“ Durch die von Schmidt und Kohl fortgesetzte Brandtsche Ostpolitik ließ der Druck auf die DDR nach, die Beziehungen der beiden deutschen Staaten normalisierten sich. Mehr und mehr DDR-Bürger durften allmählich in den Westen reisen, denn die meisten kamen wieder zurück, und viele ließ die Staatsführung schließlich - mit oder ohne finanzielle Gegenleistungen - für immer ziehen. Für die Westdeutschen freilich blieb das Klischee: Die, die zu uns wollen, sind die guten DDR-Deutschen, die, die bleiben, sind uns suspekt, zumindest unverständlich. Noch am 25. Mai 1992 spricht Friedrich Karl Fromme in der FAZ von denjenigen, „die - was im Einzelfall respektabel sein kann - in der DDR geblieben sind“. Die Arroganz oder das herablassende Mitleid der Westdeutschen mit den armen Verwandten im Osten blieb oder nahm noch zu.

II

*In den Herzen der Deutschen läuten die Glocken.
Theo Sommer, „DieZeit“, 17. 11. 1989*

An Vereinigung der beiden deutschen Staaten glaubte kaum noch einer. Der Gedanke daran tauchte nur noch sporadisch in konservativen Sonntagsreden auf. Schrieb z. B. Oswald Feiler 1984, die Wiedervereinigung komme nur dann zustande, wenn sie den Interessen der Sowjetunion entspreche, die ein Vielvölkerstaat sei, in dem es rumore und die unbedingt wirtschaftliche Unterstützung benötige, dann bekam er in der FAZ gleich Prügel. Und auch Werner Weidenfeld durfte sich am 17. Juli 1987 in der „Zeit“ über Wolfgang Seifferts 1986 erschienenes Buch „Das ganze Deutschland“ lustig machen: „Dann feiert der vergebliche Traum Adenauers vom baldigen Niedergang der Sowjetunion wieder fröhliche Urständ.“

Doch genauso kam es: Ab Ende August 1989 verlassen Zehntausende DDR-Bürger ihr Land über die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn in Richtung BRD, am 7. Oktober feiert die DDR den 40. Jahrestag ihrer Gründung, aber schon am 18. Oktober tritt Honecker zurück. In Westdeutschland hört man die

ersten nationalen Töne, Martin Walser trauert dem alten Deutschland noch einmal nach, und Leuten wie Rudolf Augstein rumort der alte Bismarck im Unterleib: „Glückwunsch, Kanzler“, schreibt er zum 3. Oktober 1990 - Patrioten lassen sich diese Leute nennen. Am 9. November 1989 fällt die Mauer, aber vor allem die Menschen in der DDR denken vorerst nicht an einen raschen Zusammenschluß mit der BRD. Als Kanzler Kohl dem Bundestag am 28. November sein 10-Punkte-Programm vorlegt, ist darin von „Vertragsgemeinschaft“, „konföderativen Strukturen“ die Rede, aber: wie ein wiedervereinigtes Deutschland schließlich aussehen werde, wisse heute niemand.

Man erschrickt, wenn man heute den ersten Satz in Theo Sommers Leitartikel in der „Zeit“ vom 17. November 1989 liest: „In den Herzen der Deutschen läuten die Glocken.“ Wo sind sie geblieben? Vieles nimmt sich heute noch schrecklicher aus als damals: z. B. das am 20. November 1989 veröffentlichte Interview des „Spiegel“ mit dem bald darauf ermordeten Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen: „Ich gebe der DDR große Chancen, wenn sie den Umbau in eine freie Marktwirtschaft wirklich will. . . Notleidende Regionen rufen geradezu dazu auf, daß Investoren in ihnen tätig werden. . . Im übrigen warne ich davor, zu früh zu großzügig unser Geld nach drüben zu tragen.“ Er würde die Umwandlung der DDR-Wirtschaft in Stufen versuchen, da die sofortige und totale Anpassung dramatisch ablaufen und vieles „sozial nicht verträglich“ sein werde: Inflation und hohe Arbeitslosigkeit wären die Folge. Am 10. Februar 1990 steht alles, was nun über das hastig vereinte Land gekommen ist, auf einer ganzen Seite der FAZ, verfaßt von Lutz Hoffmann, dem Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin: Eine rasche Integration brächte Anpassungsprobleme, „die alles bisher Gekannte in den Schatten stellen würden“; nur über die vorläufige Aufrechterhaltung zweier wirtschaftlich eigenständiger Staaten könne die DDR zu Kosten aufholen, die für beide Seiten vertretbar seien: „Kapital wird spontan in die DDR wandern, wenn es dort eine vergleichsweise hohe Rentabilität erzielt. Das ist dann der Fall, wenn die zum Kapital komplementären Produktionsmittel, vor allem Arbeit, aber auch Vorleistungen, in der DDR preiswert und verfügbar sind.“ Die rasche Vereinigung mit Währungseinheit und dem Verlust des Wechselkursregulativs nennt Hoffmann die teuerste Lösung, die zu Betriebsschließungen und dazu führen müßten, „daß etwa ein Viertel bis ein Drittel der Arbeitskräfte, wenn nicht sogar mehr, ihr Beschäftigung verlieren könnten“. Die Befürworter einer Währungsunion wegen der Ost-West-Wanderung übersähen, „daß eine einheitliche Währung nicht von sich aus die Realeinkommensdifferenzen beseitigt, die letztlich Ursache der Wanderung sind“.

Wenn solche Analysen in den Zeitungen stehen, darf man doch fragen: Läßt die Bundesregierung nicht wenigstens die FAZ lesen, die ihr, das kann man ohne Übertreibung sagen, politisch doch herzlich nahe steht? Aber die Bundesregierung hat nicht nur Hoffmanns Warnung, es sei politisch nicht zu verantworten, „den Bürgern vorzugaukeln, die Wiedervereinigung sei ohne sehr hohe Kosten kurzfristig erreichbar“, in den Wind geschlagen, sondern Investo-

ren auch noch durch rechtliche Eigentumsbremsen abgeschreckt, sich im Osten zu engagieren.

Über eines freilich waren sich die Herrschaftsvertreter des siegreichen Systems einig: Vor den ersten freien Volkskammerwahlen der DDR im Frühjahr 1990 dürfe nicht geholfen werden; Hilfe diene nur dazu, „den Folgen der Mißwirtschaft der SED abzuwenden. . . Es wäre verfehlt, dem Regime Modrow durch Subventionen zu einem Scheinerfolg zu verhelfen“, schrieb Friedrich Karl Fromme am 19. Januar und 16. Februar 1990 in der FAZ—was scheren uns die sogenannten Brüder und Schwestern in der DDR, wenn es die SED zu strafen gilt! Jener Herr Dr. Fromme wollte den Deutschen in der DDR (am 24. 2. 1990) aber wenigstens Zeit gönnen „zu lernen, daß das Wohnen auch dem Markt unterliegt und daß es dabei nicht so haifischhaft zugeht, wie die SED-Propaganda es ihnen über Jahrzehnte eingeträufelt hat“. Inzwischen wissen die Menschen in Ostdeutschland wohl, wer recht hatte. Daher mahnte die FAZ am 14.4. 1990 noch einmal: Worte wie „Vereinnahmung“ oder gar „Anschluß“ sollten verschwinden.

Für die CDU jedenfalls haben sich die Lügen über die angeblich rosige Zukunft der DDR in den Armen der reichen Bundesrepublik ausgezahlt. Doch als in der DDR bald darauf Hunderttausende auf die Straßen gingen, um für einen Umtauschkurs 1:1 zu demonstrieren, schrieb Friedrich Karl Fromme am 1.4.1990 in der FAZ, die „von den Kommunisten absichtsvoll betriebene Trennung“ könne nicht an einem Tag aufgehoben werden - im Wahlkampf klinge „manches einfacher, als es danach ist“.

Schon bald zeichnet sich der Zusammenbruch der destabilisierten Übergangs-DDR unter Lothar de Maiziere ab: Es gibt mehr und mehr Arbeitslose, und da viele in den Westen gehen, drängt die Bundesregierung auf die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli 1990. Aber der Staatsvertrag sieht keine Hilfen, keinen Schutz der DDR-Industrie und -Landwirtschaft vor. Nur ansonsten wird für Ordnung gesorgt.

Ohne rot zu werden teilt FAZ-Mitherausgeber Reißmüller am 19. Mai 1990 seinen Lesern mit, am 1. Juli stünden „die beiden Staaten auf gemeinsamem materiellen Fundament“.

III

*Wir treuen uns auf Deutschland
CDU-Plakat 1990*

*„Es kommt nicht darauf an, die Bundesrepublik zu verändern,
sondern darauf, die alten Hochburgen der SED zu schleifen.“
„Reu.“ (Kurt Reumann), FAZ, 3. 1.1991*

Im Sommer 1990 aber ist die Freude auf ein vereintes Deutschland trotz des verordneten Optimismus abgekühlt. Schon bald wird die Unwahrheit verbreitet, die katastrophale Lage der DDR sei auch von Realisten unterschätzt wor-

den. Folgerichtig prognostiziert Friedrich Karl Fromme in seinem FAZ-Leitartikel am 4. Oktober 1990: „Von der vielgepriesenen solidarischen Selbstlosigkeit der Deutschen aus der DDR wird dagegen nicht viel übrigbleiben“ - wahrlich, das werden wir denen schon austreiben! Die Töne aus dem Westen werden härter: Schon 1990 hört man von Finanzminister Theo Waigel, die Bundesrepublik sei kein Selbstbedienungsladen, um Fehler aus vierzig Jahren sozialistischer Mißwirtschaft zu korrigieren - das ist die Rache des Westens für den angeblichen wirtschaftlichen Einigungsterror der Schwachen. Das sei, so schreibt der Soziologe Friedrich Tenbruck (immerhin auch in der FAZ am 19. 2. 1991) „eine Selbstgefälligkeit, in der sich Gewohnheit, Behaglichkeit, Provinzialismus, Partikularismus und Eigeninteresse zu dem Hochmut oder Bekenntnis des westlichen Musterschülers verbinden, der die Deutsche Demokratische Republik nur zu belehren, vielleicht zu beglücken, aber von ihr nichts zu lernen hat“. Wir im Westen wollen in der Tat nichts lernen, sondern beim mittelständischen Konsumieren nicht gestört werden; wir sind mit unserer Gereiztheit und schlechten Laune und der Angst, es könne unserem Wohlstand an den Kragen gehen, vollauf beschäftigt. Was neben technischem Know-how, blitzenden Limousinen und Warenfülle haben wir eigentlich vorzuzeigen? Unsere gelackten PR-Formeln, unsere dargestellte Parteien-Demokratie, die gelernt hat, daß volle Bäuche öffentliche Ruhe garantieren, daß man alle Leute alles sagen und schreiben und drucken und sie reisen lassen soll, um ungestört seinen Weg gehen zu können? Das gilt vorderhand aber nur für die Westler: Gehen die Leipziger auf die Straßen, so ermahnt sie Friedrich Karl Fromme (FAZ, 28. 3. 1991), sie sollten „auch an ihre Landsleute im Westen denken, die zum Teilen bereit sind - aber darin irritiert werden, wenn man nichts hört als die hinreichend vertraute Formel ‚Wir fordern‘“.

Am 2. 2. 1991 läßt die FAZ Lutz Hoffmann noch einmal zu Wort kommen: Die hohen Kosten der Anpassung seien die Folge des Widerspruchs zwischen politischer und ökonomischer Rationalität. Obwohl sich damals bereits abzeichnete - oder richtiger: bereits feststand -, daß Hoffmann schon Anfang 1990 recht gehabt hatte, läßt die FAZ am 13. April 1991 den Nationalökonom Hans Willgerodt zu einem heftigen Angriff auf Hoffmann, SPD und Gewerkschaften satteln. Obwohl inzwischen nur eingetreten war, was von-Anfang an feststand, spricht Barbier in seinem Vorspann von dem „Erschrecken über das Maß der Misere im Osten“ und davon, Willgerodt sehe in Hoffmanns These „die Gefahr einer Dolchstoßlegende“. Danach ist der Artikel auch ausgefallen - ihn einen schweren Fall intellektueller Korruption zu nennen wäre falsch, denn man spürt, daß Willgerodt meint, was er schreibt: „Die Gewerkschaften denken mehr an ‚Rationalisierungsschutz‘, ‚Kündigungsschutz‘ und ‚Sozialpläne‘ als an eine Produktivitätsoffensive, die sie wirklich zu Forderungen berechtigen würden.“ Willgerodt erinnert den dankbaren Leser an die Unvollkommenheiten, die auch in der Zeit Ludwig Erhards mitgespielt haben. Zwar räumt er ein, „daß heute die Bedingungen für eine Reform teilweise weniger günstig sind als zur Zeit Erhards“, er vergißt aber hinzuzufügen, daß Erhards

„freie Marktwirtschaft“ kaum etwas anderes als die Restauration gewohnter Verhältnisse in einem wirtschaftlich homogenen Gebiet- den drei Westzonen - war, daß die Westdeutschen heute aber ihr System in ein Land transportiert haben, das 45 Jahre lang ganz anderen Gesetzen gehorcht hat. Willgerodt entläßt den Leser mit dem Gefühl, die Dinge ständen wieder an der richtigen Stelle, da „die neuen Länder mit der D-Mark ein zuverlässiges Geld erhalten haben“. Aber wenn man, wie viele das nach der „Wende“ gefordert haben, nur die Ärmel hochkrepelt, ohne Arbeit zu haben, nützt auch zuverlässiges Geld nichts. „Was wir materiell erreichten, war bescheiden, aber es reichte. Arbeitslosigkeit wurde verdeckt, aber Menschen lagen nicht auf der Straße“, schreibt Friedrich Schorlemmer am 26. April 1991 im „Freitag“ über die alte DDR.

Allmählich wächst die Erkenntnis, daß die heutige katastrophale Lage der ehemaligen DDR nicht zuletzt den rüden BRD-Methoden und der Konzeptionslosigkeit der Treuhandanstalt zuzuschreiben ist: In seiner Abhandlung „Tabula rasa - Die Basis in Abwicklung“ (in: Heinz Ludwig Arnold und Frauke Meyer-Gosau, Hrsg., „Die Abwicklung der DDR“, Göttingen 1992) sagt Stefan Welzk, jeder Laie, nur nicht das Bundesministerium für Wirtschaft in Bonn, habe die gegenwärtige Situation in den Ostgebieten prognostizieren können. Sogar die ostdeutschen Exporte nach Polen sind 1991 um zwei Drittel zurückgegangen, die westdeutschen aber um 58% gestiegen. Welzks Fazit: „Schematisch wurden Konzepte, Regelsysteme und Begriffe auf die neuen Länder übertragen, die der Wirklichkeit dieser Region nicht entsprechen, deshalb den Zusammenbruch von Wirtschaft und öffentlichen Finanzen erzwingen und soziale Eruptionen wahrscheinlich werden lassen.“

Unbeeindruckt von alledem sagt der neue Generalsekretär der Bundes-CDU, Hintze, Anfang Juni 1992, der beste Anwalt der Ostdeutschen sei der Bundeskanzler. Und da soll sich einer, der die ostdeutsche Sammlungsbewegung unterstützt, auch noch rechtfertigen?

IV

*Die Erregung über diese Spitzel ist in der Bevölkerung sehr groß, fast so groß wie im deutschen Feuilleton.
Christoph Hein, „Freitag“, 14. 2. 1992*

Die ganz große Erregung über die Stasi hat erstaunlich spät begonnen. Wer heute noch einmal die Artikel liest, die seit Sommer 1989 erschienen sind, wundert sich über die bei aller Empörung anfangs moderaten Töne.

Wie es sich für altgediente Kalte Krieger gehört, machte Springers „Welt“ schon bald etwas größeren Lärm. Am 21. Februar 1990 berichtet Jürgen Serke, dem die antikomunistischen Pflichtübungen seit Jahren geschmeidig von der Hand gehen, „wie die Stasi den Lyriker Ullmann in den Verfolgungswahn jagte“. Einfühlsam nähert sich Serke dabei auch dem Dichter „Manfred

Böhme, der sich heute Ibrahim nennt und Geschäftsführer der DDR-SPD ist". Böhme, so lesen wir - heute nicht ohne Heiterkeit - halte seine Gedichte „noch immer in einer Milchkanne hinter viel Gerumpel versteckt; denn auch Böhme geriet in die Fänge der Stasi" - bald nach Serkes Artikel aber auch in die Fänge der Stasi-Jäger. Neben Wolfgang Schnur war er einer der ersten Prominenten auf der Abschußliste - später folgte Lothar de Maiziere. Fast noch behutsamer als Serke geht Friedrich Karl Fromme am 3. April 1990 in der FAZ mit Böhme um, als der zurückgetreten war. Fromme erregt sich über die, „die immer wieder Stasi-Akten auf einen allzu willfährigen Medien-Markt bringen", und fragt: „Will man dem Volk in der DDR die Demokratie, zu der es sich am 18. März mit so großer Mehrheit bekannt hat, schlechtmachen damit, daß der Eindruck erweckt wird, fast keiner derjenigen, die dem Neuen ihren Namen und ihre Kraft geliehen haben, sei unbelastet, die Demokratie sei also eine andere Organisation des Opportunismus?" Gut gefragt. Aber Fromme wundert sich, und dann paßt alles wieder, daß von den Politikern der alten SED noch keiner in den Ruf gebracht worden sei, er habe mit der Stasi etwas zu tun gehabt. Ihm konnte später geholfen werden, wenn es auch nicht Modrow war, den er schon gleich gerne zur Strecke gebracht hätte. Als vermeintliche Gefahr hat die Stasi keineswegs ausgedient: Wird die Mär bekannt, Mielke habe 1986 zweitausend Stasi-Offizieren befohlen, mit neuer Identität in wichtige Positionen in den Untergrund zu gehen und sich bereitzuhalten, die Interessen der SED subversiv zu vertreten, fühlt sich die FAZ bedroht: Am 29. Juni 1990 schreibt der allzeit zuverlässige Ernst-Otto Maetzke: „ Schon ein paar Hundert, die bei der Stange blieben, wären eine Gefahr." Ist unsere gerühmte freie demokratische Grundordnung so schütter, daß wir, ein Land von fast 80 Millionen, vor ein paar hundert Stasi-Leuten Angst haben müssen? Alle Achtung vor der Reputation, die diese Institution noch heute bei uns genießt!

Am 13. September 1990 stellt Johannes Leithäuser im Leitartikel der FAZ befriedigt fest, es sei „nicht viel übriggeblieben von einer ‚DDR-Identität‘" - außer den Stasi-Akten. Was aus dem Versuch, diese Akten den ostdeutschen Ländern zu lassen, geworden ist, wissen wir inzwischen. Bald begann deren systematische und unkritische Veröffentlichung. Am 26. Oktober 1990 verteidigt sich Reiner Kunze in der „Zeit" gegen die üble Nachrede Wolf Biermanns im selben Blatt am 24. August 1990, indem er Auszüge aus seiner Stasi-Akte präsentiert. Aber niemand fragt, ob nur wahr ist, daß in der Akte etwas steht, oder ob das, was dort steht, auch wirklich wahr ist. Das wurde das Thema der nächsten Monate, vor allem das der Zeit nach der Öffnung des Gauck-Archivs: Zwar ist die DDR für uns *der* Unrechtsstaat, die Stasi die verbrecherische Organisation schlechthin - ihre Akten aber nehmen wir für die schiere Wahrheit, denn die Verbrecher waren deutsche Beamte und gelten uns deshalb als fleißig, ordentlich, zuverlässig und wahrheitsliebend. Und deshalb meint man auch, die Betroffenen gar nicht mehr anhören zu müssen, obwohl dieser Brauch seit den Römern zum Kernbestand des Rechtsstaats gehört: *audiatur et altera pars*, höre auch, was der andere dazu zu sagen hat.

Nachdem die FAZ am 1. April 1991 Günter Gaus, den ersten Ständigen Vertreter der Bundesrepublik in der DDR, wegen seines Buches „Die Welt der Westdeutschen“ als geheimen Stasi-Helfer und Schädling unserer West-Republik denunziert hat, geht es im Herbst 1991 erst richtig los: mit Biermanns Rede zur Verleihung des Büchner-Preises der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung („Die Zeit“, 25. 10. 1991). Im Rundumschlag gegen alle Ostdeutschen, die er nicht mehr mag, was, so meint man, sein biographisches Problem ist, prangert er, ohne auch nur die Akten gesehen zu haben, den Dichter Sascha Anderson als unbegabten Schwätzer und Stasispitzel an und Marcel Reich-Ranicki hält Biermann die Laudatio (FAZ, 26. 10. 1991). Bald aber schlägt Stefan Heym in der „Berliner Zeitung“ vom 9./10. 11. 1991 zurück. Bei Gaucks gälten „die Texte in den Stasi-Akten, als kämen sie geradewegs aus der Bibel“. Am 11. Dezember 1991 fordert auch Herbert Riehl-Heyse in der „Süddeutschen Zeitung“ die Denunzianten zur Rückbesinnung auf rechtsstaatliche Errungenschaften wie das rechtliche Gehör und zum Verzicht auf das Pathos auf.

Aber auf das nächste Opfer muß man nicht lange warten: es ist der Theologieprofessor und Rektor der Humboldt-Universität Heinrich Fink. Doch dieser klagt gegen seine Entlassung und gewinnt vor dem Berliner Verwaltungsgericht. Vor Gericht gewehrt hat sich auch Hermann Kant, der viel beschimpfte frühere Präsident des DDR-Schriftstellerverbandes, als der „Spiegel“ ihm nachsagte, er sei bei der Verfolgung des DDR-Schriftstellers Erich Loest „Stasi-Helfer“ gewesen. Der „Spiegel“, Anführer der Stasi-Jäger, der Kant vor der Veröffentlichung - muß man sagen: selbstverständlich? - nicht gehört hatte, konnte seine Behauptung noch nicht einmal im Ansatz beweisen und verlor den Prozeß in zwei Instanzen. Prompt las man am 9. Dezember 1991 in der FAZ: „Verbitterung macht sich breit, wo teure Anwälte für den guten Ruf der alten Ideologen streiten, Rektoren oder einstige Verbandspräsidenten von ihrem Recht Gebrauch machen, die Gerichte zu bemühen, wann immer sie sich durch das Fernsehen, den Rundfunk oder die Zeitungen peinlich erinnert fühlen an die Laufbahn im Sozialismus“ — davon, daß diesen „Ideologen“ durch unwahre Behauptungen übel nachgeredet wurde, steht in dieser Zeitung nichts. Wer mit dem Regime der DDR etwas im Sinne gehabt hat, wird des Zynismus geziehen, wenn er von rechtsstaatlichen Mitteln Gebrauch macht.

Zur Öffnung der Gauck-Behörde am 1. Januar 1992 ließ der „Spiegel“ - ohne sich in der Vergangenheit daran orientiert zu haben oder sich in Zukunft danach richten zu wollen - den Hamburger Strafverteidiger Gerhard Strate laut mahnen, über den Stasi-Akten nicht vollends den Verstand zu verlieren, sondern sie in Zukunft als das zu nehmen, was sie sind: Dokumente, in denen etwas steht, dessen Richtigkeit es zu prüfen gilt (1/1992). Alle Mahnungen halfen nichts: Die nächsten Ziele der Stasi-Jagd waren der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe und der PDS-Vorsitzende und Rechtsanwalt Gregor Gysi. Auch Gysi klagte gegen den „Spiegel“, der sich bereits am 19. Juni 1992 verpflichtete, es in Zukunft zu unterlassen, zu behaupten oder

durch Bezugnahme auf die im „Spiegel“, 8/1992, zitierten Unterlagen den Eindruck zu erwecken, Gysi habe unter den Decknamen „Gregor“ oder „Notar“ Berichte an die Stasi geliefert. Der „Spiegel“ übernahm die ganzen Prozeßkosten. Mittlerweile hat auch der Bundesgerichtshof entschieden, der Inhalt einer Stasi-Akte der Gauck-Behörde sei kein hinreichendes Beweismittel für den Erlaß eines Haftbefehls. Ein Stück Normalität kehrt zurück.

Das ungeheure Aufsehen, das die Vorwürfe des „Spiegel“ gegen Stolpe verursachten, ließ die allgemeine Meinung und Stimmung umschlagen: Allmählich begannen mehr und mehr Leute zu begreifen, daß die Stasi-Akten kein Gottesurteil sind, und mancher sah ein, daß der ganzen DDR mit einem auch erst vierzig Jahre alten, aber schon unheilbar guten Gewissen und penetranter Selbstgerechtigkeit der Westdeutschen nicht beizukommen ist und wir denen, die wir vierzig Jahre lang unsere Brüder und Schwestern genannt haben, ohne es zu meinen, mit Siegerpose und westlichem Know-how nicht helfen.

Wollen wir uns auch noch mit den Westdeutschen und ihrer Haltung zum Rechtsstaat beschäftigen? Lieber nicht! Denn da müßten wir Alexander Schalck-Golodkowski sofort einsperren, wohl auch Mielke verurteilen, 1931 zwei Polizisten umgebracht zu haben, weil uns die Nazi-Akten des Jahres 1931 nicht suspekt genug sind. Wenden wir uns lieber Johannes Gross zu, der in der FAZ am 7. Juni 1991 meinte, das Nazi-Regime sei nicht in dem gleichen Sinne totalitär gewesen wie die Herrschaft der Kommunisten in der DDR - die alten Nazis werden's Herr Gross nicht vergessen. Oder sollen wir darüber rasonieren, daß G. H. - Georg Paul Hefty - am 12. September 1991 in der FAZ schreibt, auch Honecker selbst habe nur in seiner Heimat die Chance, einen fairen Prozeß zu bekommen und die Möglichkeit darzulegen, was er einmal wollte und wofür er anderen unsägliche Opfer abverlangte? Vor allem Herr Kinkel, als er noch Justizminister war, versprach Honecker und der ganzen Republik ein rechtsstaatliches Verfahren — gerade so, als bedürfe das offenbar auch Kinkel nicht Selbstverständliche täglich neuer Beteuerungen. Und auch jetzt, da Honecker tatsächlich wieder da ist, versichern viele dafür Zuständige und Inkompetente immer wieder, wie außerordentlich rechtsstaatlich es zugehen werde. Und da es für die deutsche Justiz schon immer ein Gottseibeius war, einen politischen Prozeß einen politischen Prozeß zu nennen, hörte man gleich nach Eintreffen des früheren Staatsgastes unseres Landes, ein politischer Prozeß stehe uns keinesfalls ins Haus.

Unseliges Deutschland! Wenn die Italiener zum Essen gehen, die Franzosen behaupten, sie eilten zu einer Frau, und die Engländer längst im Pub sitzen, haben die Deutschen mehrmals recht und schlagen sich ihre Stasi-Akten um die Ohren. Nicht jeder kann das aushalten: Der PDS-Bundestagsabgeordnete Gerhard Riege zum Beispiel hat sich am 15. Februar 1992 umgebracht, nachdem er wegen seiner Stasi-Kontakte in der Zeit von 1954 bis 1960 von der Presse gejagt wurde. In seinem Abschiedsbrief heißt es: „Ich habe Angst vor der Öffentlichkeit, wie sie von Medien geschaffen wird und gegen die ich mich

Heinrich Senft

nicht wehren kann. Ich habe Angst vor dem Haß, der mir im Bundestag entgegenschlägt, aus Mündern und Augen und Haltung von Leuten, die vielleicht nicht einmal ahnen, wie unmoralisch und erbarmungslos das System ist, dem sie sich verschrieben haben."

Auch darum unterstütze ich die -vorerst noch ostdeutsche - Sammlungsbewegung.

Die verstummte Soziologie

Vom Verlust sozialwissenschaftlicher Urteilskraft in Deutschland

Von Hans Jürgen Krysmanski

Es ist still geworden um die Soziologie. Die letzte soziologische Deutungsfloskel, die von der *Risikogesellschaft*, verhallt wie Hohn in den neuen Bundesländern.

Die beiden großen theoretischen Entwürfe der neueren deutschen Soziologie bewähren sich im Vereinigungsprozeß nicht. Habermas' Theorie der kommunikativen Kompetenz wird der sozialen und wirtschaftlichen Not in den östlichen Lebenswelten kaum ihre Sprache andienen können. Luhmanns Systemtheorie verbreitet eine Grundstimmung existentialistischer Entfremdung, die ihre ursprüngliche Intention, entfremdete bürokratisch-organisatorische Problemlösungshandlungen zu erleichtern, längst desavouiert.

Die westdeutsche Soziologie hat seit den 70er Jahren eine wechselvolle Geschichte durchlaufen. Nach Hoffnungen aus den Anfängen der sozialliberalen Koalition, die Soziologie könne zu einer etablierten Politikberatungswissenschaft in Sachen Lebensqualität (Sozialindikatorenbewegung), Strukturpolitik („Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel“) und nicht zuletzt in Sachen Abfederung der sozialen Folgen von Rationalisierung und Automatisierung (Aktionsprogramm „Humanisierung der Arbeitswelt“) werden, wird längst von ihrer Krise gesprochen. Es geht das Wort um von der unvermeidlichen „Parzellierung“ und „Spezialisierung“ des Faches - man fühlt sich aus dem zentralen Planungsgeschehen wieder verstoßen.